

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Führer. 1927-1944 1933

38 (7.2.1933) Der Arbeiter im Betrieb



Der Arbeiter im Betrieb



Beilage für die nationalsozialistische Betriebszellenorganisation - Erscheint jeden Dienstag

Generalstreik?

„Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will.“ Unter diesem Motto hat die marxistische Bewegung einen jahrzehntelangen Kampf geführt. Mit dem Erfolg, daß der Marxismus in Deutschland die Herrschaft antrat. Die Folge dieser „sozialistischen Staatsführung“ ist eine Verelendung der breiten Volksmassen. Sieben bis acht Millionen Arbeitsmänner sind zur Untätigkeit verdammt und mit ihren Familien auf die Stempelröhen und Wohlfahrtspfennigen angewiesen.

Der „starke Arm“ ist gebrochen — durch den Marxismus. Und der Kapitalismus triumphierte.

Jetzt, wo der marxistische Spuk hinweggefegt, reiner Tisch gemacht und der letzte Unrat einer schandwürdigen Zeit ausgeräumt werden soll, heult die marxistische Meute auf, wissend, daß, nachdem Adolf Hitler das Staatsruder in der Hand hat, in Deutschland kein Raum mehr für Notmordbänden, Landesverrätern und Volksbetrüger ist.

Wer sich gegen die elementarsten Lebensgesetze und der Nation vergeht, wird so behandelt, wie man mit Lumpen in einem Rechtsstaate umzugehen pflegt.

Es ist nachgerade aber zu lächerlich, mit welchen dummen Manövern die Presse der marxistischen Internationale auf den „Ausbruch der Nation“ reagiert.

Ganz toll treibt es die SPD. In Flugblättern zukt diese behagte Moskauer Garde allen Ernstes zum „Generalstreik“ auf. Aber niemand denkt daran, den Demagogen, die aus dem Hinterhalt heraus ihre Anhänger zu Aktionen verleiten wollen, zu folgen. Wozu? Deshalb? Es ist kein Prolet so dumm, als daß er sich von der gegenwärtigen kommunistischen Führung, die mit Menschenleben spielt, die Lösung der Frage: Arbeit und Brot, versprechen könnte. Mit den bolschewistischen Hoffnungen ist es nunmehr in Deutschland aus. Der Traum ist ausgeträumt. Es ist auch vorbei damit, daß die SPD, nach Herzenslust schalten und walten kann. Dem organisierten politischen Nord, so wie ihn die SPD, seit Jahr und Tag bereibt, wird mit allen Mitteln entgegengerechnet werden.

Hat es die SPD, schwer, von ihrer üblichen Propagandakunst ablassen zu müssen, so bemüht sich die Sozialdemokratie mit Macht um die Inerkennung als „demokratische Oppositionspartei“. Die SPD, behauptet, die Waffe des Generalstreiks müsse als Eisen im Feuer gehalten werden und dürfe nicht verpuffen. Die marxistischen Bonzen wissen ganz genau, das Experiment des Generalstreiks gegen Adolf Hitler kostet ihnen die letzten kümmerlich gehaltenen Mitläufer, zerstückt vor allen Dingen den Einfluß der Sozialdemokratie auf die Gewerkschaftsführung. Erkennen die Gewerkschaftsmitglieder die politische und finanzielle Ohnmacht ihrer Organisation, dann ist es noch früher aus mit der roten Herrlichkeit. Die Ge-

und Soldaten gegründet, wird diesen Charakter auch jetzt nicht verlieren, wo der Führer nach dem dreizehnjährigen Kampf aus dem Klubzimmer eines Münchener Bierlokals in das Arbeitszimmer eines Otto von Bismarck hinübergewechselt ist. Gerade Hitler hat immer betont, daß sein Kampf dem Ziel der Wiedereinfügung der Arbeiter in den deutschen Staat diene. Weil er die deutsche Nation nur dann geehrt sieht, wenn die soziale Frage grundlegend und umwälzend gelöst wird, hat er die nationalsozialistische Arbeiterbewegung überhaupt erst geschaffen.

„Der deutschen Arbeit wollen wir den Weg zur Freiheit bahnen...“

so fingen die Sturmabteilungen der SA, die Zellen der NSD. In diesem einen Satz ist die Lebensaufgabe des Führers in solcher Klarheit umrissen, daß sich jede erläuternde Ergänzung einfach erübrigt. Und dieser Mann sollte sich einspannen lassen für Maßnahmen, die zu seinem Programm in Widerspruch stehen? Es genügt die Feststellung, daß mit dieser Inkompetenz die roten Bonzen auf den Plan treten, die ihre ganze politische Machtstellung in den letzten Jahren ausschließlich darauf verwandt haben, die Interessen der Arbeiterklasse dem eigenen Ich und dem Wohle der marxistisch-kapitalistischen Internationale zu opfern.

Die deutsche Arbeiterschaft will sich nicht tiefer ins Verderben stürzen lassen, sondern schreit nach

Arbeit und Brot

Und mag der eine oder andere auch noch ungläubig auf Hitler blicken — wir nehmen es ihm nach all den Enttäuschungen, von denen er heimgeführt worden ist, wahrlich nicht übel —, aber soweit ist auch der marxistische Arbeiter heute, daß er Hitler eine Chance ohne jeden Vorbehalt einräumt. Für das Märchen, daß Hitler „arbeiterfeindlich“ Interessen huldige, ist er auch deswegen nicht empfänglich, weil er so gut wie jeder politisch informierte Mensch weiß, daß die Hitler-Bewegung von Arbeitern und Bauern getragen wird. Deshalb schöpft er Hoffnung, deshalb ist auch er von dem Glanz erfasst, der gegenwärtig die deutschen Gänge durchzieht, deshalb sieht auch er wieder mit Vertrauen in die Zukunft.

Und Hitler — das ist unsere Ueberzeugung — wird diese ehrlichen Arbeiter, die er noch nicht durch das Wort für den Nationalsozialismus gewinnen konnte, weil die Lügenflut die Klarheit vernebelte, jetzt durch die Tat gewinnen!

Machenschaften des J. d. A.

Wie berechtigt der Kampf der NSD. gegen die parteipolitische Beeinflussung der Gewerkschaften ist, beweist wieder einmal ein Rundschreiben des J. d. A. an die Vertrauensleute der Versicherungssträger.

Wie schon mehrfach bekannt, treibt die alte Reichsregierung in großer Zahl Stellenverhältnisse für Versorgungsanwärter bei öffentlichen Ämtern an. So hat auch der Reichsrat sich mit den Ausführungsbestimmungen zu den Anstellungsgrundsätzen über die Einstellung von Versorgungsanwärtern bei den Sozialversicherungssträgern beschäftigt. Bei Durchführung dieses Projektes sind natürlich die bei diesen Stellen beschäftigten Angestellten die Leidtragenden und mancher Kollege wird zu Gunsten der Versorgungsanwärter kein Brot verlieren.

Man sollte erwarten, daß die Gewerkschaften, deren Hauptaufgabe es doch ist, die Interessen ihrer Mitglieder in jeder Art und Weise zu wahren, sich mit aller Macht für die Angestellten einsetzen. Wenn jedoch alle diese Organisationen, so wie der J. d. A. über die Interessenvertretung denken, dann ist es sehr schlecht bestellt um die Erhaltung der Angestellten-Rechte.

Anstatt an die Betriebsräte bei den einzelnen Versicherungssträgern die Aufforderung zum Kampf gegen diese Bestrebungen zu richten, schreibt diese rote Gesellschaft an die Vertrauensleute aller Versicherungssträger,

„sie sollen bei den einzelnen Vorständen der Versicherungssträger darauf hinweisen, daß nicht jetzt gleich, sondern erst nach der Durchführung der vom Reichsarbeitsministerium in Aussicht gestellte Reform der Sozialversicherung, zu einem Personalabbau, also zu Angestellten-Entlassungen zu Gunsten der Verf.-Anwärter, geschritten wird.“

Das ist also die Vertretung, die diese Herrschaften ihren Mitgliedern angeheißten lassen.

Nicht genug mit diesem Verrat, zeigt auch der weitere Inhalt des „vertraulichen“ Schreibens, wie dieser rote Verband arbeitet.

So wird z. B. Vorsicht empfohlen bei Hinweisen auf günstigere Rechtsverhältnisse (!) und betont, daß es dem Verband gelungen sei, „in besonders gelagerten Einzelfällen“ günstigere Besoldungs- und Rechtsverhältnisse durchzusetzen.

Nun, wer im heutigen Berufsleben gerade bei den Behörden und ähnlichen Stellen steht, der erinnert sich sicherlich an solche besonders gelagerten Einzelfälle. Und weiß man dann noch, daß z. B. die meisten Direktoren der Versicherungssträger, — man denke nur an die Krankenkassen — die von roten Bonzen geleitet

werden, so kann man den Wunsch des J. d. A., der nebenbei bemerkt, auch der beste Freund des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe ist, verstehen, wozu niemand auf solche besonders gelagerten Einzelfälle sich bezüglich der eigenen Sache berufen soll.

Daß es hier sich nur um Freunde der einzelnen Herrschaften handelt, zeigt nicht allein die Praxis, sondern auch eindeutig der weitere Inhalt des Rundschreibens. Hier gibt der J. d. A. seinen Vertrauensleuten offen Nachricht von der Warnung der Aufsichtsbehörden, daß wenn weitere Berufungen auf solche „besonderen Begünstigungen“ erfolgen, diese nicht mehr berücksichtigt werden könnten und wie es weiter so wunderschön und fürsorglich heißt, — somit eine „Durchsetzung günstigerer Forderungen in Einzelfällen nicht mehr möglich“ sei.

Diese Herrschaften sollten sich doch klar darüber sein, daß ihre Mitglieder keine Beiträge bezahlen, damit gewisse Einzelpersonen eine richtige und tatkräftige Vertretung ihrer Belange haben, sondern vielmehr die Vertretung sich auf die gesamten Mitglieder, gleich welche politische Ansicht der einzelne hat, sich zu erstrecken hat, und zwar mit Daten, nicht mit leeren Phrasen.

In dieser fürsorglichen Warnung des Rundschreibens liegt doch wahrhaftig nichts weiter, als der Versuch, die Angestellten bei Bekanntheit solcher Bevorzugung von Günstlingen, von der Bekämpfung darauf abzuhalten, damit die politischen Postenjäger weiterhin ihre Ziele erreichen. Dieses Verlangen stellt doch wirklich allerhand Frechheit dar.

Nun kommt aber noch das Bezeichnende für die Arbeit dieser Herrschaften hinter den Kulissen. Es wird außerdem in diesem bemerkenswerten Rundschreiben darauf hingewiesen, daß ein Betriebsrat einer großen A. D. D. A. dem Verband empfiehlt, von sich aus auf die Mitglieder einzuwirken, daß Berufungen auf solche Bevorzugungen unterbleiben sollen, damit auch hierdurch die Möglichkeit der Bevorzugung von Einzelnen (ihrer Schächten) nicht genommen wird.

Wenn man sich vor Augen führt, daß eine Belegschaft oder eine Berufsgruppe deshalb einen Betriebsrat wählt, damit er die Belange der Gesamtheit sicher und aufopfernd vertritt und man dann eine solche Heuchelei sehen muß, gibt es doch nur eine Folgerung: Schluss damit! Jetzt ist es genug des bösen Spiels! Hier muß nur Selbsthilfe und zwar: Beitritt zur NSD., um mitzuhelfen an der Säuberungsarbeit, die der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation in den Betrieben obliegt.

Arbeiter der SPD! Was sagt ihr dazu, daß...

... die Reichstagsfraktion der SPD. 1925 für ein Einkommenssteuergesetz stimmte, nach dessen § 42 die Spekulationsgewinne der jüdischen Bank- und Börsenjobber einkommenssteuerfrei bleiben.

... der sozialdemokratische Jude Parvus-Gelphand am 23. November 1918, also wenige Tage nach der Revolte vom 9. November, in der Zeitschrift „Die Glocke“ u. a. schrieb: „... wir dürfen nicht versuchen, den Kapitalismus, mit einem Schläge zu beseitigen. Wir haben nicht nur weltpolitisch, sondern auch sozial ganz arzig zu sein.“

... der galizische „Vorwärts“, das Zentralorgan der SPD., am 30. August 1924 über die Annahme des Dawespaktes, einem der Grundsteine all unferes politischen und wirtschaftlichen Glanzes, folgendes schrieb: „Die Annahme der Dawesgesetze ist, rein sachlich gesehen, ein ungeheurer Erfolg der sozialdemokratischen Politik.“

... der SPD-Jude Heilmann, M. d. R., 60 000 RM. Gutachtergebühren für eine etwa zehnjährige Teilnahme am Untersuchungsamt der Grundstücksämter der Stadt Berlin, mithin als nobler „Proletarier“ einen Stundenlohn von 6000 RM. erhielt.

... die SPD, die Partei der Juden und Freimaurer ist. Von den 145 Abgeordneten des Reichstags vom 14. September 1930 gehörten allein 17, d. i. 12 Prozent der jüdischen Klasse an. Dabei ist zu bemerken, daß der Prozentsatz des jüdischen Anteils noch viel höher ist, da die meisten Juden sich im Reichstagshandbuch als „konfessionslos“ bezeichnen oder sich inzwischen haben taufen lassen, wodurch natürlich ihre rassistischen Eigenschaften nicht geändert werden.

... die SPD, während der Zustationszeit mit Dr. Hilferding als Finanzminister maßgeblich am Kabinett beteiligt war und somit die Schuld am Volksverbrechen der Inflation trägt.

... die SPD-Regierung Braun-Everling in Preußen noch unter der Ära Papen Notverordnungen erließ, die wegen ihres unsozialen Charakters (Gehaltskürzungen bei den kleinen Beamten, Ganzsinsteuern usw.) bei den breiten Massen des schreienden Volkes Ablehnung fanden, auf der anderen Seite aber den Nationalsozialisten eine Tolerierung der Papennotverordnung untersagte, ein Schwindel, der längst eindeutig widerlegt wurde.

... über die Annahme des Youngplanes gegen den Willen des nationalsozialistischen Deutschland der „Vorwärts“ am 19. Januar 1930 schrieb: „Die Annahme des Youngplanes, der die deutschen Lasten verringert und auf alle Zeiten sichere Verhältnisse schafft, wird aber auch eine starke psychologische Verhöhnung bringen, die die Unternehmungslust wieder hebt.“ Und am 6. Februar desselben Jahres der „Vorwärts“ über den Youngpakt schrieb: „Wir sehen in ihm einen großen Schritt zur Freiheit, eine große Tat der Befreiung und Entlosgung.“

... die SPD, im Jahre 1927 bei der Lehngung des Haushaltsplanes durch ihre Reichstagsfraktion folgenden nachträglichen Ausgaben zustimmte: Teerabend der interparlamentarischen Union 40 000 RM., Ausstattung der Dienstwohnung eines Reichsministers 115 000 RM.

... die SPD, der Brünningischen Notverordnung zustimmte, nach der im Jahre 1932 alle Betriebsratswahlen verboten wurden.

... der Sozialdemokrat Hermann Müller den Schandvertrag von Versailles unterzeichnete.

... die SPD, nach den Anprüchen prominenter Genossen kein Vaterland kennt, das Deutschland heißt. Der Genosse Götstein erklärte auf dem Magdeburger Parteitag wörtlich: „Sollen wir dieses „Vaterland“ in einem Verteidigungskrieg schützen, das gar nicht unser Vaterland ist? Wir haben kein Vaterland und haben daher auch keine Pflicht, es zu verteidigen.“ (Nach dem gedruckten Sitzungsbericht.)

... die SPD, in Braunschweig die Ministergehälter von 14 800 RM. auf 18 000 RM. erhöhte hatte, die Nationalsozialisten bei Uebernahme der Verantwortung die Ministergehälter gleich auf 12 000 RM. herunterschraubten.

... die SPD, bei den letzten Landtagswahlen in Lippe ihre letzte größere Machtposition in Deutschland durch das Volksurteil am Wahltag verlor.

Arbeiter der SPD, Schaffende in Stadt und Land, geht hin zu den Sozialbonzen und fragt sie nach allen diesen Dingen. Aber ihr werdet euch der Front des erwachten Deutschland anschließen und Kämpfer der brannenen Armee Adolf Hitlers werden, damit der wahre Sozialismus verwirklicht werde.

Gerhard Starke.

Achtung!
Betriebsrätewahlen
Vergesst nicht, die Vorlagslisten fristgerecht einzureichen!

gewerkschaften, die sich jetzt zurückgelehrt fühlen und nach der negativen Seite schielen, werden sich auf die Dauer bei dieser Haltung kaum wohlfühlen. Die Erklärungen, die sie erlassen haben, sind in ihrem Kern unwahrhaftig. In der Aufforderung zur „Befonnenheit“ sehen wir lediglich kluge Erkenntnis der Tatsachen.

„Generalstreik“ ist Unsinn, denn er würde sich nicht gegen die kapitalistische Front richten, sondern der deutsche Arbeiter würde die Zehne selber zu bezahlen haben. Im übrigen ist ein solcher Streik auch glatter Wahnsinn! Das haben die Gewerkschaftsbonzen — die „Erklärungen“ beweisen es — auch eingesehen. Es ist alles nur Theater.

In Wirklichkeit glauben sie selber nicht daran, daß Adolf Hitler sich für sozialreaktionäre Zwecke einspannen läßt.

Niemals wird das der Fall sein. Die nationalsozialistische Bewegung, von Arbeitern